

## Budgetdebatte im Zürcher Kantonsrat

# Einmal mehr: Ohrfeigen statt Wertschätzung

**Schwarze Zahlen im Rechnungsabschluss, aber anhaltendes Gejammer über die Finanzlage sowie Sparbeschlüsse auf Kosten der Angestellten, so könnte die Budgetdebatte zusammengefasst werden.**

Am 11. Dezember demonstrierten über 300 Angestellte des Kantons für den vollen Teuerungsausgleich und faire Löhne, nachdem die Lohnumfrage 2017 des VPOD aufgezeigt hatte, wie gross die Unzufriedenheit beim kantonalen Personal ist. Ständige Nullrunden bei der Lohnentwicklung, immer noch nur vier Wochen Ferien, immer höhere Abzüge bei der Pensionskasse bei immer schlechteren Leistungen ... Aber es kam für das Personal noch schlimmer.

### Einmal mehr werden mit dem Budget 2018 die Angestellten zur Kasse gebeten:

- Der Antrag von links-grün auf Erhöhung der Löhne um 1% bis und mit Lohnklasse 20 (50 Millionen Franken) wurde von der bürgerlichen Mehrheit mit 112:62 Stimmen abgelehnt. SP, Grüne, EVP und AL setzten sich vergeblich für den Antrag ein.
- Auf Antrag der FDP wurde die für Lohnmassnahmen zur Verfügung stehende Summe nochmals um 0,2% (15 Millionen Franken) gekürzt. Dieser Kürzungsantrag wurde von FDP, SVP, CVP und GLP unterstützt und mit 100:71 Stimmen angenommen.
- Der KEF-Antrag für eine 5. Ferienwoche für alle kantonalen Angestellten wurde mit 109:66 Stimmen abgelehnt. Nur SP, Grüne, AL, EVP und BDP setzten sich für die längst fällige Anpassung der Ferienregelung ein, die bürgerliche Mehrheit hingegen sagte einmal mehr Nein.

Unter dem Strich bleibt für das Personal eine Lohnleinbusse, während der Kanton ein dickes, schwarzes Plus von 129 Millionen Franken präsentiert. Er saniert sein Budget auf Kosten der Angestellten. «Anscheinend hat die bürgerliche Seite immer noch nicht erkannt, dass qualitativ hochstehende Verwaltungen, Spitäler, Schulen und ein funktionierender Rechtsstaat



nicht einfach vom Himmel fallen, sondern gutes und motiviertes Personal bedingen!», sagt Andreas Daurü, Präsident der VPOD Sektion Zürich Kanton.

Und einmal mehr wurde offensichtlich: Es fehlt in diesem Kanton nicht am Geld, sondern am guten Willen! Für alles und jedes findet die Mehrheit von SVP, FDP, CVP sowie GLP Gehör und spricht Geld, nur das Personal geht leer aus. Das ist eine Ohrfeige für alle Angestellten des Kantons und seiner Betriebe. Folgerichtig haben AL, SP und Grüne dieses Budget abgelehnt.

Roland Brunner

**Hintergrundinformation: Die Lohnumfrage 2017 sowie die daraus gestellten Forderungen und die Medienmitteilung zur Kundgebung «Für den vollen Teuerungsausgleich und faire Löhne» vom 11. Dezember 2017 unter <http://zuerich.vpod.ch/>**

## VPOD-PAROLENSPIEGEL 4. März 2018

### Bund

Bundesbeschluss vom 16. Juni 2017 über die neue Finanzordnung 2021

JA

Volksinitiative vom 11. Dezember 2015 «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren» (Abschaffung der Billag-Gebühren)

NEIN

### Kanton Zürich

Kantonale Volksinitiative «Lehrplan vors Volk»

NEIN

### Wahlen in Winterthur, Zürich und weiteren Gemeinden des Kantons Zürich

Wahlplattform des Gewerkschaftsbundes des Kantons Zürich GBKZ: [www.gbkz.ch](http://www.gbkz.ch)

### Stadtrat Zürich – VPOD wählt VPOD

Corine Mauch, SP Stadtpräsidium

André Odermatt, SP

Richard Wolff, AL

Karin Rykart, Grüne

Nina Hüssler, Juso

### Gemeinderat Zürich

Wahlplattform GBKZ: [www.gbkz.ch](http://www.gbkz.ch)

## Die GBKZ-Wahlplattform

# Gewerkschaften wählen: Ein gutes Leben in einer starken Stadt

**Internationale Städte-Rankings zeigen: Zürich gehört weltweit punkto Lebensqualität zu den Top-Destinationen. Der bürgerlichen Panikmache zum Trotz haben die links-grüne Mehrheit im Stadtrat und eine starke Grün-Linke im Gemeinderat Zürich finanziell nicht ruiniert. Der Steuerertrag hat sich seit der Finanzkrise kontinuierlich erhöht und 2016 gar einen Rekordwert erreicht. Das Eigenkapital ist auf über 1 Milliarde Franken gewachsen. Links-Grün lässt die Stadt erblühen.**

Aber nicht alle EinwohnerInnen profitieren. Für viele, die mit prekärem Lohn am Existenzminimum leben, ist Zürich zu teuer. Bezahlbare Wohnungen sind rar. Die Lohnungleichheit gegenüber Frauen ist weiter Realität. In Familien mit Niedriglohnjobs fressen Betreuungskosten ohne subventionierten Kita-Platz einen grossen Teil des Lohns. Und etwa 14 000 Sans-Papiers sind gezwungen, sich rechtlos in Jobs mit Dumpinglöhnen durchzuschlagen. Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter setzen uns ein für eine gerechte Verteilung des Reichtums und für die gesellschaftliche Teilhabe aller. Für die Stadt Zürich heisst das konkret:

- Die Stadt muss als Arbeitgeberin Vorbild für die Privatwirtschaft sein: Sie muss eine faire Lohnentwicklung und Weiterbildung ermöglichen, Lohnungleichheit garantieren, Integration fördern, auch Leistungsbeeinträchtigten eine Beschäftigung ermöglichen, Sozialpartnerschaft leben und Mitwirkungsrechte berücksichtigen.
- Erteilt die Stadt Aufträge, hat sie Unternehmen zu berücksichtigen, die Gesamtarbeitsverträge einhalten, Lehrlinge ausbilden, Lohndumping und Diskriminierung verhindern. Bei Leistungsverträgen sind die Arbeitsbedingungen auf Vergleichbarkeit mit der Stadt zu überprüfen und anzupassen.
- Zürich braucht einen starken Service public, der allen Menschen Zugang zu den elementaren Dingen garantiert, die ein Leben in Freiheit, Wohlstand und Würde ermöglicht: Bildung, Kultur, Information, Gesundheits- und soziale Dienste, Post, Telekommunikation, Energie und Wasserversorgung, öffentlicher Verkehr, Entsorgung usw., deshalb keine Auslagerungen und Privatisierungen.
- Städtischer Wohnbau und Wohnbau-Genossenschaften müssen gefördert werden, um der unsozialen Mietentwicklung entgegenzuwirken und den Volksauftrag von 30% sozialen Wohnungsbau umzusetzen.

- Die Investitionen in den qualitativen Ausbau von Kitas und (Tages-)Schulen müssen gestärkt werden. Erreicht haben wir, dass mit der neuen Verordnung zukünftig genügend subventionierte Kita-Plätze vorhanden sein sollten.
- Niemand in Zürich soll unter dem Existenzminimum leben müssen. Sozialhilfe soll großzügig gewährt, Weiterbildung ermöglicht und Modelle des garantierten Grundeinkommens erprobt werden.
- Einführung einer City-Card, die ermöglicht, dass Sans-Papiers in der Stadt Zürich eine Wohnung mieten, einen Arbeitsvertrag und eine Krankenversicherung abschliessen können.
- Eine gute Aus- und Weiterbildung für alle, Chancengleichheit und kulturelle Vielfalt müssen gefördert werden.
- Keine Steuersenkungen für Reiche und Grossunternehmen und keine «Steuvorlage 17», der unsozialen, pro-Reiche Neu-Auflage der USR III, die den Städten erneut massive Steuerausfälle bescheren würde.

Geht wählen! Jede Stimme zählt! Nur ein Sitz fehlt, um die jetzige bürgerliche Mehrheit von 63:62 zu kippen! Herzlichen Dank!

Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin VPOD/SSP und Kandidatin der Grünen für den Gemeinderat (bisher)

## Die GBKZ-Wahlplattform vom 4. März/15. April

Am 4. März finden in Zürich, Winterthur und vielen weiteren Gemeinden des Kantons Gemeinderatswahlen statt – in einigen Gemeinden am 15. April. An vielen Orten kandidieren aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die sich für einen starken Service public, für die Überprüfung von Leistungsverträgen, für bezahlbaren Wohnraum, gegen Diskriminierung und Privatisierungen engagieren wollen.

31 Frauen und 28 Männer auf den Listen der AL, SP und der Grünen sind es allein in der Stadt Zürich, welche die Wahlplattform des GBKZ unterschrieben haben.

Der VPOD ruft dazu auf, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zu wählen. Kumuliere und panaschiere diese Kandidierenden auf deinen Wahlzettel.

[www.gbkz.ch](http://www.gbkz.ch)



## Agenda

**Freitag, 16. Februar 2018, 13.30–17 Uhr**  
Berufliche Vorsorge für Frauen  
VPOD Zürich, Zentralsekretariat,  
Birmensdorferstrasse 67, 5. Stock

**Donnerstag, 3. März 2018, 9.30–17.30 Uhr**  
Was tun gegen Rassismus am Arbeitsplatz?  
VPOD Zürich, Zentralsekretariat,  
Birmensdorferstrasse 67, 5. Stock

**Sonntag, 4. März 2018**  
Gemeindewahlen und Abstimmungen. Jede Stimme zählt!

**Mittwoch, 14. März 2018, 18–21 Uhr**  
Berufsauftrag der Lehrpersonen – Probleme und Perspektiven  
VPOD Zürich, Zentralsekretariat,  
Birmensdorferstrasse 67, 5. Stock

**Dienstag, 27. März 2018, 9.30–17 Uhr**  
System der Altersvorsorge der 1. und 2. Säule  
Bern

**Mittwoch, 4. April 2018, 9–17.30 Uhr**  
Das neue Arbeitszeitgesetz AZG  
VPOD Zürich, Zentralsekretariat,  
Birmensdorferstrasse 67, 5. Stock

Der Kurs wird an die Weiterbildungspflicht gemäss Chauffeurzulassungsverordnung CZV angerechnet.

**Dienstag, 17. April 2018, 19 Uhr**  
Delegiertenversammlung,  
Sektion Stadt und Institutionen  
Zürich

**Donnerstag, 3. Mai 2018, 13.30–17 Uhr**  
Zu viel Bürokratie – und wer macht die Arbeit? Wie umgehen mit der (Über-)Administration in sozialen Berufen  
VPOD Zürich, Zentralsekretariat,  
Birmensdorferstrasse 67, 5. Stock

## Was VPOD-Frauen wichtig ist

**Auf den geplanten Spaziergang zum Gleichstellungsbaum auf dem Anny-Klawka-Platz im Zürcher Kreis 4 verzichteten die rund 40 Frauen, die der Einladung zum Neujahrs-Apéro des Frauenforums gefolgt sind. Der Regensturm hätte die Girlande mit den Wünschen, Anliegen und Forderungen fürs 2018, die am Apéro zusammengetragen wurden, im Nu fortgeblasen. Nun hängt sie aber, die Girlande, und lädt ein zum Träumen, Nachdenken und Tun. Ein Auszug:**

Ich wünsche mir mehr Toleranz gegenüber anders Denkenden. Ich wünsche mir, dass Lohngleichheit nicht nur ein leeres Wort ist. Ich wünsche mir einen Tag, an dem alle in eine andere Rolle schlüpfen. Ich wünsche mir mehr Solidarität gegenüber Schwächeren. Ich wünsche mir mehr Frauen in der Politik. 1/3 ist nicht genug! Ich wünsche mir ein weibliches SGB-Präsidium. Ich wünsche mir den Ausbau des Mehr-Generationen-Wohnens. Ich wünsche mir, dass Politiker wie Trump, Putin und Erdogan definitiv Auslaufmodelle sind – aber schnell! Ich wünsche mir, dass #metoo weiterhin Früchte trägt und noch mehr Köpfe rollen. Ich wünsche mir das Rentenalter 60 für alle Pflegenden an der Basis. Ich wünsche mir mehr Respekt und bessere Arbeitsbedingungen in der 24-Std.-Betreuung. Ich wünsche mir intelligente, interessierte, gleichberechtigungorientierte, sensible, nicht wettbewerbs- bzw. ellbogenfixierte Männer, die mit uns eine neue Weltordnung begründen. Ich wünsche mir, dass Menschenrechte für alle gelten – wirklich für alle. Ich wünsche mir mehr Geduld mit meiner leicht verwirrten Mutter. Ich wünsche mir mehr Mut zum Widerstand und mehr Freude am Widerstand. Lasst uns träumen und Träume wahr werden lassen! Ich wünsche mir eine faire Verteilung von Macht, Geld und unbezahlter Arbeit. Die hal-

be Macht den Männern! Ich wünsche mir die Besteuerung des Kerosins. Führerschein abgeben – dafür gratis ÖV! Ich wünsche mir 6 Wochen Ferien und eine 35-Stunden-Woche. 24 Monate Elternzeit und Karriere trotz Teilzeit. Ich wünsche mir mehr Respekt gegenüber anderen Menschen und Meinungen. Ich wünsche mir mutige Frauen und Männer, die nicht stillschweigend zusehen, sondern sich gegen Diskriminierung stark machen. Ich wünsche mir mehr emanzipierte, selbstbewusste, starke und politisch engagierte Frauen! Keine Unterscheidung in Frauen- und Männerberufe mehr, keine Lohnungleichheit. Ich wünsche mir, dass die Krankenkassenprämien nicht mehr erhöht werden. Mehr sichere Velowege in Zürich. Ich wünsche mir Frauen auf allen Führungsebenen, die authentisch sein können. Ich wünsche allen Frauen Glück, Freude, Lust, Mut, Mut und noch mehr Mut, sich die eigenen Wünsche zu erfüllen. Ich wünsche mir das bedingungslose Grundeinkommen und dass wir Arbeit neu denken. Ich wünsche mir, dass meine Töchter mit ihrem Kampf und Einsatz in 30 Jahren nicht mehr für die heutigen Frauenanliegen auf die Strasse gehen müssen. Ich wünsche mir gratis Einbürgerungen für Ausländer/innen (nach 20 Jahren Wohnsitz in der Stadt Zürich...!) Ich wünsche mir mehr Liebe, Musik, Tanz... Ich wünsche mir eine Welt ohne Sexismus. Mehr alte Frauen in TV und Radio! Ich wünsche mir mehr Männer, die unbezahlte Haus- und Familienarbeit übernehmen. Ich wünsche mir, dass auch ledige Frauen die maximale Altersrente bekommen können. Ich möchte Taten sehen und nicht nur immer schöne und gutgemeinte Worte hören. Ich wünsche mir Freude an den Unterschieden. Ich wünsche mir, dass wir mehr wünschen und das Gewünschte erstreiten!

Brigitte Gügler



**Gleichstellung. JETZT!**

### Das lange Warten

## Mehr Ferien!

**Seit Jahren fordert der VPOD, dass der Kanton endlich mit der Privatwirtschaft gleichzieht und eine zusätzliche Ferienwoche gewährt. Gibt es nun Bewegung?**

In der Privatwirtschaft ist es längst klar: Fünf Wochen Ferien sind die Regel und ab dem 50. Altersjahr sind es meist sechs Wochen. Auch Gemeinden haben nachgezogen: In Uster und Winterthur ist es beschlossen, in Schlieren steht der Entscheid noch diesen Monat an. Doch die Angestellten des Kantons werden weiterhin mit vier Wochen Ferien abgespiesen. Dazu kommen meist zwei zusätzliche Ferientage, die als Kompensationstage für die Weihnachtszeit nicht vor- oder nachgearbeitet werden müssen. Aber fünf Wochen Ferien hat hier niemand, weder in der Verwaltung noch in den öffentlich-rechtlichen Betrieben, die dem kantonalen Personalgesetz unterstehen. Auch die kantonalen Kliniken (USZ, KSW, PUK, ipw) tun sich schwer damit, obwohl dies längst zu einem Handicap geworden ist bei der Suche nach gutem Pflegepersonal. Zwar hat der VPOD immer wieder angeboten, im Rahmen einer sozialpartnerschaftlichen Regelung die 5. Ferienwoche einzuführen. Aber im Kanton Zürich sind GAV anscheinend immer noch ein rotes Tuch – obwohl sie

von Aarau über Bern und Basel bis nach Zug auch im Spitalbereich längst normal sind. Nun hat aber auch Regierungsrat Stocker angedeutet, dass der Kanton sich hier wohl bewegen müsse. Eine Arbeitsgruppe der vier kantonalen Kliniken soll wenigstens für das Spitalpersonal eine Verbesserung bringen. Alle anderen müssen wohl noch länger warten. Aber wir bleiben dran.

Roland Brunner

## Mutationen

Neuer Arbeitgeber?  
Neues Einkommen?  
Neue Adresse?  
Neuer Name?

Bitte Information an:  
info@vpod-zh.ch.

Herzlichen Dank.  
Euer VPOD Zürich-Team



Bild: VPOD Zürich

«Massnahmen zur Entlastung müssen etwas kosten.»

### VBZ-Mitarbeitenden-Umfrage 2017

## Nicht alles Gold, was glänzt

**Die im VPOD Zürich organisierten VBZ-Mitarbeitenden stehen den angekündigten Massnahmen zur Verbesserung der Mitarbeitenden-Zufriedenheit positiv gegenüber. Sie unterstützen jede Massnahme, welche zur Reduktion der psychischen Belastung, zur Verbesserung der Work-Life-Balance sowie der Partizipation der Mitarbeitenden im Betrieb führen.**

Am Treffen mit den Gewerkschaftsvertretern von vergangener Dienstag hat die Geschäftsleitung der VBZ etliche Massnahmen zur Verbesserung der Mitarbeitenden-Zufriedenheit vorgestellt. Bei der Partizipation, der Work-Life-Balance und bei der Psychischen Beanspruchung bestehen dringender Handlungsbedarf. Insbesondere bei den Fragestellungen «Die Vereinbarkeit von beruflichen und familiären Aufgaben wird in meinem Arbeitsumfeld gefördert», «Umgebungseinflüsse wie Musik, Gespräche, Lärm, Staub, Dämpfe, schlechte Luft, Gefahren usw. beeinträchtigen meine Arbeit nicht» sowie «Bei meiner Arbeit kann ich eigene Ideen umsetzen» sind die Ergebnisse alarmierend.

Die im VPOD organisierten Mitarbeitenden haben die Vorschläge der VBZ intensiv diskutiert

und stehen den angekündigten Veränderungen positiv gegenüber. Gleichzeitig haben sie eigene Vorschläge zur Verbesserung der Situation eingebracht: Durch eine konsequente Einbindung der Gewerkschaften bei allen personellen und organisatorischen Fragen, durch einen beträchtlich geringeren Aufwand und neue Prozesse bei der Kontrolle und Führung der Mitarbeitenden, durch eine Kompensation der stagnierenden Löhne sowie durch eine zurückhaltende Verwendung disziplinierender, personalrechtlicher Massnahmen – mehr Anreize statt Sanktionen – können die Sozialpartner einen wichtigen Beitrag zur signifikanten Verbesserung der Ergebnisse bei der Mitarbeitenden-Befragung leisten.

Der VPOD wird sich weiterhin konstruktiv und lösungsorientiert einbringen und die Umsetzung der angekündigten Massnahmen kritisch begleiten. Aus unserer Sicht ist klar, dass die Massnahmen zur Entlastung der Mitarbeitenden etwas kosten müssen und als Investition im Hinblick auf eine Senkung der Fluktuation und auf die Personalgewinnung im Betrieb angesehen werden müssen.

Duri Beer

### Winterthur: teuer erkaufte Ferienwoche

## Zuckerbrot und Peitsche

**Gesamthaft ist die Teilrevision des Personalstatutes eine Verschlechterung für die städtischen Angestellten. Obwohl Schlimmeres verhindert werden konnte, werden die Leistungen für die Angestellten noch immer um 1,25 Millionen Franken reduziert.**

Die einzigen positiven Erkenntnisse des Entscheides des grossen Gemeinderats sind erstens, dass die 5. Ferienwoche jetzt endlich auch in Winterthur eingeführt wird und zweitens, dass es nicht noch schlimmer gekommen ist. Nicht zuletzt dank der hartnäckigen Arbeit der Gewerkschaftsvertreterin Maria Sorgo im Gemeinderat und des VPOD im Vorfeld der Abstimmungen konnte in den Punkten Dienstaltersgeschenk und Entlastungstage Schlimmeres verhindert und die Leistungen im Falle einer Elternschaft ein bisschen ausgebaut werden.

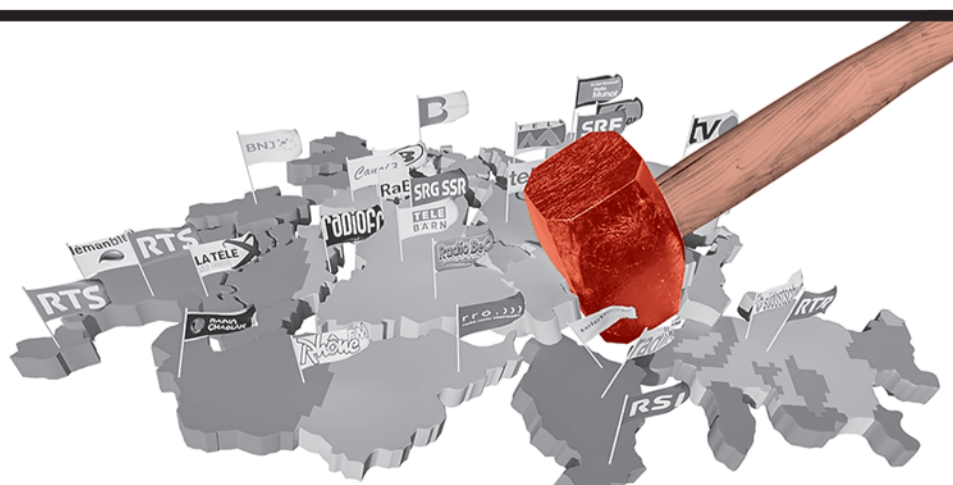
Diesen wenigen positiven Aspekten steht neben dem Abbau des Kündigungsschutzes, der Einführung eines hyperflexiblen Anstellungstypen und der Kürzung des Dienstaltersgeschenkes sowie der Entlastungstage auch die Einführung eines intransparenten und willkürlichen Lohnsystems gegenüber. Neu entscheidet der Gemeinderat frei und nach seinem Gutdünken über die Mittel für die Lohnmassnahmen. Wie allfällige Lohnmassnahmen dann verteilt werden, ist zum jetzigen Zeitpunkt auch völlig offen.

Immer wieder wurde in der Ratssitzung von der bürgerlichen Seite der Vergleich zu privaten

Unternehmen gezogen. So falsch der Vergleich ist bezüglich Abfindungen, so falsch ist er auch bezüglich Lohnmassnahmen. Es ist nicht der Auftrag der städtischen Verwaltung, alles einer Gewinnmaxime unterzuordnen. Zudem hat sich in diesem Herbst erneut gezeigt, dass bei einem positiven Rechnungsabschluss aus der bürgerlichen Seite sofort der Ruf nach Steuerensenkung erfolgt. Ebenso hat die bürgerliche Ratshälfte bewiesen, dass sie immer gerne auf Lohnmassnahmen verzichtet: Zur Erinnerung: Als die Lohnmassnahmen in den Jahren 2012 bis 2016 fünfmal ausgesetzt wurden, hat die Stadt Winterthur in jedem dieser Jahre einen Ertragsüberschuss erwirtschaftet. Insgesamt beläuft er sich für diese fünf Jahre auf 26 Millionen Franken. Ganz grundsätzlich hat es die Stadt ausserdem verpasst, ein modernes Personalstatut zu schaffen. Ein Paket, das Leistungen abbaut und mehr Flexibilisierung zulasten der Mitarbeitenden einführt. Selbstverständlich wollen dies weder der Stadtrat noch die bürgerliche Ratshälfte so verstanden haben. Gerne nehmen wir sie deshalb beim Wort und fordern: Echte Lohnverhandlungen zwischen Stadtrat und den Personalverbänden sowie eine deutliche und umfassende Lohnrunde für 2018. Schliesslich ist davon auszugehen, dass die Stadtrechnung mit einem deutlichen, zweistelligen Ertragsüberschuss abschliessen wird.

Georg Munz

Mehr Informationen: [www.zuerich.vpod.ch](http://www.zuerich.vpod.ch)



## Nein zu No Billag